

Neuverhandlung, Nachverhandlung oder nur eine Ergänzung?

Groko | Die neuen SPD-Chefs wollen den Koalitionsvertrag ändern / Das CDU-Nein ist weniger hart, als es bislang klingt

■ Von Christopher Ziedler

Berlin. Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans wollen den schwarz-roten Koalitionsvertrag überarbeiten – das künftige SPD-Spitzenduo hat bereits Nachforderungen formuliert. Die Union lehnt eine Neuverhandlung ab.

Walter-Borjans wiederum hatte zu diesem Zeitpunkt bereits gesagt, die SPD müsse bei einer »Blockadehaltung des Koalitionspartners« hinsichtlich der neuen Punkte »die Entscheidung treffen, dass es nicht weitergeht«. Läuft es also schnurstracks darauf zu, dass der Koalition die Geschäftsgrundlage entzogen wird?

Ganz so eindeutig stellte sich die Lage am Montag nicht dar. Das liegt zum einen an der Begrifflichkeit. Geht es um eine Neuverhandlung, eine Nachverhandlung oder

nur um eine Ergänzung des Koalitionsvertrags? Mindestens Letzteres ist in dem Werk selbst bereits angelegt. Auf Seite 176 heißt es, man prüfe zur Mitte der Legislaturperiode, ob »aufgrund aktueller



Thorsten Frei Foto: Soeder

Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden müssen«. Die designierte SPD-Chefin Esken, die den Wahlkreis Calw vertritt, verweist dementsprechend auf die Veränderungen der vergangenen 20 Monate, etwa in der Automobilindustrie.

Fraktionsvize Frei will keinen Linksruck der Koalition zulassen

Eine sprachliche Unterscheidung nahm am Montag auch Steffen Seibert, der Sprecher von Kanzlerin Angela Merkel (CDU), vor. »Eine Neuverhandlung des Koalitionsvertrags steht nicht an«, sagte er. Um sofort hinzuzufügen, dass »auch neue Vorhaben in Angriff genommen werden« könnten, wenn sich die Partner darin einig würden. Gespräche über neue politische

Geschäfte zwischen den Partnern seien »in einer Koalition ein übliches Verfahren«, sagte auch Unionsfraktionsvize Thorsten Frei (CDU, Donauerschingen) unserer Zeitung.

Die Union ihrerseits dringt auf eine Unternehmensteuerreform und würde den Solidaritätszuschlag gern ganz abschaffen. Aus dem Umfeld von CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer heißt es zugleich, dass man dafür aber »keinen Kuhhandel« eingehen werde. »Eine politische Festsetzung des Mindestlohns auf zwölf Euro wird es deshalb selbst im Gegenzug für eine Unternehmensteuerreform nicht geben«, sagt Fraktionsvize Frei, da er »keinen Linksruck der Koalition zulassen« will.

Vor dem am Freitag beginnenden SPD-Parteitag ist indes umstritten, wie weitgehend die Nachforderungen an

die Union sein sollen. Martin Rosemann (Wahlkreis Tübingen), Vorsitzender der baden-württembergischen Landesgruppe der Sozialdemokraten im Bundestag, bezeichnete schon das Anliegen als »eben-



Martin Rosemann Foto: Stache

so unnötig wie gefährlich«, da die SPD-Minister wie auch die Fraktion jederzeit in der Lage seien, auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren: »Wer durch die Forderung nach Nachverhandlungen das Ende der Koalition provoziert, trägt dann die Verantwortung dafür, dass die Grundrente und der Kohleausstieg auf der Strecke bleiben.«

Sein Fraktionskollege Nils Schmid plädiert dafür, sich bei neuen Projekten auf die Wirtschaft zu konzentrieren: »Mit der nahenden Krise nicht nur der Automobilindustrie wird die SPD als Schutzmacht der Arbeitnehmer so gefragt sein wie lange nicht mehr«, sagte Schmid unserer Zeitung. Er fordert »ein neues Kurzarbeitergeld mit integrierter Weiterbildung oder eine Altfallschuldenregelung, damit die Kommunen handlungsfähig bleiben.«